

Verein zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol

(Landschaftsschutzverein Osttirol)

A-9900 Lienz - Postfach 166

ZVR-Zahl 078502134

Verein zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol A-9900 Lienz Postfach166

Sg. Herrn
Dr. Martin S. Ledolter, LL.M.
Kabinett des Vizekanzlers
BM für europäische und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
1014 Wien

Betr.: Briefwechsel Energiefragen in Österreich
Ihr Schreiben vom 21. 10.2011

Lienz, 2011-10-30

Sehr geehrter Herr Dr. Ledolter!

Der Landschaftsschutzverein Osttirol bestätigt den Eingang Ihres Schreibens vom 21. 10. 2011.

Ob das von den Medien wiedergegebene Zitat wörtlich in dieser Form gefallen ist, entzieht sich unserer Beurteilung; als wahrscheinlich empfinden wir aber, dass es inhaltlich in dieser Weise aufzufassen war.

Weshalb wir uns auf dieses Zitat hin nach unserem ersten Schreiben vom 13.6.2011 neuerlich an Herrn Dr. Spindelegger gewandt haben, ist unsere Befürchtung, dass der Informationsstand des Herrn Vizekanzlers nicht ganz der heutigen strom- und energiewirtschaftlichen Situation entsprechen könnte; nur so sind uns seine Äußerungen (damals und jetzt) erklärbar.

Bestärkt wird diese Befürchtung auch dadurch, dass Ihre Antwort in keiner Art und Weise auf unsere inhaltlichen Darlegungen und Vorschläge zu Energiefragen in Österreich eingeht.

Der allgemeinen Aussage im letzten Absatz Ihres Schreibens – „Wenn wir uns zu den Erneuerbaren Energien bekennen – und das tun wir – dann müssen wir auch deren Ausbau zügig und konsequent vorantreiben“ können wir zustimmen, wenn sie nicht als einseitiger, nur auf die Wasserkraft fixierter Tunnelblick aufzufassen ist.

Vor hundert Jahren war die Entwicklung von Wasserturbinen zur Stromerzeugung nützlich und blieb es auch lange Zeit. Allerdings ist ein permanentes Fortschreiben der Vergangenheit in die Zukunft nicht unbedingt sinnvoll – vor allem, wenn Grenzen schon unübersehbar sind.

Tatsache ist, dass Österreich seine Wasserkräfte schon stark genutzt hat und inzwischen nur mehr ein geringer Teil unserer Fließgewässer nicht abgeleitet oder aufgestaut ist.

Tatsache ist aber auch, dass inzwischen die Nutzung anderer Erneuerbarer Energien, schon längst Stand der Praxis ist: die unbeschränkt vorhandenen Energiequellen Wind und Sonne. Deren Verwendung beeinflusst die Ökologie gegenüber dem Ausleiten oder Aufstauen von Fließgewässern weit weniger oder überhaupt nicht.

Wir wissen nicht, ob dem Herrn Vizekanzler und Parteiobmann Dr. Spindelegger bekannt ist, dass das Burgenland bereits in drei Jahren - nach Umsetzung der nunmehr in Angriff genom-

menen Windkraftwerke - mehr Strom erzeugen wird als es selbst verbraucht. Noch vielfältiger sind die Nutzungsmöglichkeiten der Solarenergie, die für Wärme und Strom großflächig vorhanden ist. Weite Teile Österreichs haben hierfür sogar deutlich bessere Voraussetzungen als Deutschland, welches aber durch eine konsequente Förderpolitik ungleich wirksamere Anstrengungen als unser Land unternommen hat und daher heute in der Technologie dieser Erneuerbaren Energien Weltmarktführer ist; dort hat die Stromerzeugung aus Photovoltaik jene aus Wasserkraft bereits überholt, obwohl Deutschland ebenfalls Lauf- und Speicherkraftwerke besitzt.

Auch müsste der Umstand zu denken geben, dass Österreich mit seinen Klimaschutzbestrebungen innerhalb der EU nahezu das Schlusslicht darstellt - trotz der intensiven Nutzung der Wasserkraft. Offenbar hat unsere Politik mit dem permanenten Hinweis auf die so „saubere Wasserkraft“ viele Jahre lang andere, wirksamere Maßnahmen weitgehend verabsäumt.

Wir sehen es angesichts des erfolgenden Umbruches der Energiewirtschaft in Europa als geradezu unverantwortlich an, unsere noch verbliebenen, z.T. besonders kostbaren Gewässer einer Torschlusspanik der österreichischen Wasserkraftkonzerne preiszugeben. Der Verlust für die Allgemeinheit wäre hier ungleich größer als ein allfälliger Konzerngewinn.

Wie sinnvoll es z.B. ist, wenn z.B. hier in Osttirol inmitten einer Nationalparkregion der letzte große Alpenfluss Österreichs, die Isel (zugleich der letzte Gletscherfluss der Alpen insgesamt, der noch unausgeleitet fließen darf) ausgeleitet werden soll, um in einem Kraftwerk Strom zu erzeugen, welches im Winter – zur Zeit des größten Strombedarfes überhaupt – aus Wassermangel nur einzelne Stunden am Tag laufen könnte, sollte dem Hausverstand auch politischer Mandatare zugänglich sein.

Wir bitten Sie daher, dem Vizekanzler und ÖVP-Parteiohmann zu vermitteln, nicht weiterhin einseitig für die Fortführung des Wasserkraftausbaues und damit die weitere Zerstörung landschaftlicher Besonderheiten Österreichs das Wort zu reden, sondern solche Maßnahmen zu befürworten, die andere, nachhaltige Energienutzungen fördern und Energieverluste verhindern.

Die Glaubwürdigkeit einer Energiepolitik, die diese Namen verdient und nicht nur aus fragwürdigen Ankündigungen und Gemeinplätzen besteht, würde auch dadurch gefördert, dass Österreich endlich seine Mitgliedschaft bei Euratom beendet und die dadurch freiwerdenden Mittel für Erneuerbare Energien einsetzt.

Viele Menschen sind heute über energiewirtschaftliche Möglichkeiten sehr gut informiert. Politische Mandate sollten sich also nicht vorschnell und einseitig auf bestimmte Energienutzungsarten festlegen; damit ließe sich auch der Verdacht vermeiden, den Gewinn von Konzernen mehr im Auge zu haben als volkswirtschaftliche Vorteile – für die nämlich Investitionen in dezentrale unmonopolisierte Energienutzung oder auch in Wärmedämmung ungleich sinnvoller sind in Hinblick auf Versorgungssicherheit, Wertschöpfung, Arbeitsplätze und CO₂-Vermeidung.

Pauschalfloskeln von Politikern sind in einer zukunftsgerichteten Energiediskussion eindeutig zu wenig; sie verstärken nur das Misstrauen und die Abneigung der Bürger gegenüber amtierenden Mandataren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Retter, Obmann